Ressort: News

Todesstrafe für Mord an Journalisten Khashoggi gefordert

Staatsanwälte fordern Todesstrafe

Riad, 15.11.2018, 20:20 Uhr

GDN - Die saudi-arabische Generalstaatsanwaltschaft in Riad fordert im Mordfall des Journalisten Jamal Khashoggi die Todesstrafe für fünf saudische Personen. Welche Personen das sein sollten, teilt die Staatsanwaltschaft nicht mit.

Die Angeklagten sollen am Mord in Istanbul beteiligt gewesen sein. Saudi-Arabien hat insgesamt elf Männer angeklagt, wovon fünf Männer die Todesstrafe laut Anklagevertretung erhalten sollen. Weder die Namen der Angeklagten noch die Fotos der Beschuldigten sind der Weltöffentlichkeit mitgeteilt worden.

Generalstaatsanwalt Saud al Mujeb sagte, die fünf Beschuldigten hätten die Leiche Khashoggis im Konsulat zerteilt und anschließend die Leichenteile nach draußen gebracht. Angeblich soll ihnen ein Türke geholfen haben. Die saudischen Behörden arbeiten gerade an einem Phantombild des Mannes, das an die türkischen Behörden übermittelt werden soll.

Der stellvertretende Chef des Geheimdienstes Ahmad Asiri habe angeblich den Auftrag erteilt bekommen, Jamal Khashoggi nach Saudi-Arabien zurück zu bringen. Wer denn den Auftrag zum Zurückholen von Khashoggi nach Saudi-Arabien erteilt haben will, beantwortet Riad nicht. Der Anführer des Teams, das ihn in Istanbul zur Rückkehr ins Königreich überzeugen sollte, habe aber eigenmächtig die Entscheidung getroffen, Khashoggi zu töten. Das ist die derzeitige, offizielle Version aus Riad. Die Ermittler nehmen den Kronprinzen Mohammed bin Salman von den Vorwürfen aus.

Die saudische Regierung weist weiterhin Vorwürfe zurück, dass die verwerfliche Tat vom saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman nicht angeordnet wurde. Selbst die saudischen Ermittlungsbehörden nahmen den Thronfolger von jeder Verantwortung aus. Er hat weder den Befehl gegeben noch etwas von der Planung der Tat gewusst. Bekanntlich hat Saudi-Arabien in der Vergangenheit schon mehrmals die Tatversionen verändert und immer wieder andere Geschehensabläufe der Weltgemeinschaft mitgeteilt.

Die saudischen Behörden rechtfertigen die verschiedenen Tatabläufe damit, dass die Verdächtigen ihre Aussagen mehrfach revidiert und verändert hätten. Die Staatsanwaltschaft in Saudi-Arabien ist laut Aussage von Spiegel Online nicht unabhängig. Saudi-Arabien hat vor dem Uno-Menschenrechtsrat versichert, für Aufklärung und Transparenz zu sorgen.

Die Söhne von Khashoggi haben über CNN die Freigabe des Leichnams ihres Vaters gefordert (Quelle: CNN/ Washington Post).

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-115407/todesstrafe-fuer-mord-an-journalisten-khashoggi-gefordert.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Dennis Andresen

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich. Dennis Andresen

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619